



euRONATUR



Gemeinsame Pressemitteilung vom 24. August 2016

Verbände fordern mehr Tierschutz in Ställen

Berlin: Anlässlich einer Initiative von Bundesumweltministerin Barbara Hendricks zur stärkeren Regulierung der Massentierhaltung fordert eine Allianz von Umwelt- und Tierschutzorganisationen mehr Tierschutz in Ställen und eine Erschwerung von Massentierhaltungsanlagen. Bund und Länder müssten den längst überfälligen gesetzlichen Rahmen schaffen, um Qualzucht und zu enge Haltung, das Kupieren von Schwänzen bei Ferkeln, das Kürzen von Schnäbeln bei Hühnern und Puten sowie ähnliche Eingriffe am Tier zu verbieten.

Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), die Naturschutzstiftung EuroNatur, der Deutsche Tierschutzbund und der Verein für tiergerechte und umweltschonende Nutztierhaltung NEULAND sprechen sich für Änderungen im Tierschutzgesetz sowie im Planungs- und Baurecht aus, um Zulassungsverfahren für Massentierhaltungsanlagen zu erschweren und Mitbestimmungsmöglichkeiten von Kommunen zu erleichtern. Hendricks Initiative sei ein guter Schritt in die richtige Richtung. Auch, um die Klimagase aus der Landwirtschaft zu halbieren, sei es wichtig, besonders tiergerechte, umwelt- und klimafreundliche Haltungsmethoden zu fördern und gleichzeitig die Tierbestände zu reduzieren.

Die Verbände fordern von Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt, Hendricks Initiative zu unterstützen, da die Landwirtschaft weiter an gesellschaftlicher Akzeptanz verliere, wenn Ställe gegen den Willen lokaler Entscheidungsträger durchgeboxt würden. Schmidt müsse endlich die Tierschutz-Standards bei Tierhaltungsanlagen erheblich verbessern und zugleich die Genehmigungspraxis für besonders tiergerechte Haltungsformen wie Strohhaltung und Auslauf erleichtern. Notwendig sei ferner eine grundlegende Reform der Agrarpolitik auf nationaler und europäischer Ebene. EU-Agrarzahungen müssten zu einem Förderungsinstrument ökologischer und bäuerlicher Landwirtschaft umgestaltet werden, so die Verbände.

„Wir brauchen endlich eine politische Strategie, die nicht auf Quantität setzt, sondern auf Qualität, nur so erreichen wir mehr Tierschutz in den Ställen. Die Tierhaltungsvorschriften müssen deutlich verschärft werden, um die nicht-tiergerechte Haltung zu erschweren“, sagte Thomas Schröder, Präsident des Deutschen Tierschutzbundes.

„Betriebe müssen verpflichtet werden, das Futter für ihre Tiere selbst anzubauen statt nur die Fläche vorzuweisen. Zum Schutz unseres Klimas und des Grundwassers muss die Tierhaltung zukünftig wieder an die Fläche gebunden werden und es braucht regionale sowie betriebliche Obergrenzen. Bäuerliche und ökologisch wirtschaftende Betriebe müssen gestärkt werden, damit die Umstellung auf ökologische Erzeugung und tiergerechte Haltungsverfahren attraktiver wird“, forderte der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger.

„Die großen Tierhaltungsanlagen sind nicht nur hauptverantwortlich für viele lokale und regionale Umweltprobleme wie Gewässer- und Luftbelastungen. Die Massentierhaltung hat durch den Futtermittelanbau auch beträchtliche negative Auswirkungen auf die Biodiversität sowohl in Deutschland als auch in den Ländern, in denen zusätzlich Futtermittel für die Verfütterung in Deutschland hergestellt werden“, sagte der naturschutzpolitische Direktor von EuroNatur, Lutz Ribbe.

„Es ist unverantwortlich, dass die staatliche Genehmigungspraxis noch immer den Bau von Ställen unterstützt, in denen die Tiere so wenig Platz finden, dass Kannibalismus an der Tagesordnung ist. Die Tierhalter reagieren darauf mit dem prophylaktischen Kürzen der Schwänze bei Schweinen und mit dem Kupieren der Schnäbel bei Geflügel, was mit dem geltenden Tierschutzrecht nicht vereinbar ist“, kritisierte Jochen Dettmer, Vorstandssprecher von NEULAND.

„Wir begrüßen sehr, dass Bundesumweltministerin Hendricks mit ihrer Initiative unsere langjährigen Forderungen aufgreift, generell große Stallanlagen aus der baurechtlichen Privilegierung auszunehmen sowie für große geschlossene Stallanlagen bundesweit eine Abluft-Filterpflicht einzuführen. Beides stärkt bäuerliche Betriebe mit einer gesellschaftlich akzeptierten Tierhaltung. Die weiteren Vorschläge zum Immissionsschutzrecht bezüglich der Ausbringung von Gülle und Mist sowie zum Wasserhaushaltsgesetz können erst nach Vorlage der Details bewertet werden“, sagte Martin Schulz, AbL-Vorsitzender und NEULAND-Bauer im Wendland.

Pressekontakt:

Katrin Wenz, BUND-Agrarexpertin, Tel. 030-27586-549, E-Mail: katrin.wenz@bund.net
bzw. Annika Natus, BUND-Pressereferentin, Tel. 030-27586-425/-489, E-Mail:
presse@bund.net, www.bund.net

Lutz Ribbe, EuroNatur-Agrarexperte, Tel. 02226 -2045, E-Mail: lutz.ribbe@euronatur.org
bzw. Angie Rother, EuroNatur Öffentlichkeitsarbeit, Tel. 07732-927224, E-Mail:
angie.rother@euronatur.org, www.euronatur.org

Marius Tünste, Pressesprecher Deutscher Tierschutzbund, Tel. 0228-60496-24, E-Mail:
presse@tierschutzbund.de, www.tierschutzbund.de

Ulrich Jasper, AbL-Geschäftsführer, Tel. 02381-9053171, E-Mail: jasper@abl-ev.de,
www.abl-ev.de